

Große Anfrage

der Abgeordneten Dr. Mitzscherling, Antretter, Brück, Dr. Gautier, Ibrügger, Dr. Jens, Dr. Hauchler, Dr. Holtz, Frau Dr. Martiny, Frau Matthäus-Maier, Müller (Pleisweiler), Poß, Müller (Schweinfurt), Roth, Dr. Wieczorek, Frau Wieczorek-Zeul, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD

Lage der Weltwirtschaft

Zwei Wochen Chaos an den internationalen Aktienmärkten haben die Welt aufgerüttelt. Die rasch wachsende Auslandsverschuldung der USA, gewaltige Handels- und Leistungsbilanzungleichgewichte der großen Industrieländer, ungelöste und sich wieder verschärfende Verschuldungsprobleme der Dritten Welt, protektionistischer Druck und labile Devisenmärkte sind schlagartig in das Bewußtsein von Kapitalanlegern und Spekulanten zurückgekehrt. Doch auch die Bevölkerung ist durch den Börsenschock alarmiert. Versprechungen der Regierungen, an den realen wirtschaftlichen Aussichten habe sich nichts geändert, werden in Zweifel gezogen.

Bis in die jüngste Zeit hinein hat die Bundesregierung erklärt, diese Aufschwungsperiode werde noch lange anhalten. Da sie nicht mit inflationären Spannungen einherginge, seien geldpolitische Bremsmanöver entbehrlich. Sie hatte verdrängt, daß ein Ende des Aufschwungs auch von außenwirtschaftlichen Spannungen herbeigeführt werden kann.

Warnungen gab es zur Genüge:

Schon 1985 hatten wir Sozialdemokraten in unserer Großen Anfrage zum Weltwirtschaftsgipfel in Bonn (Drucksache 10/3078) die Gefahren für die weltwirtschaftliche Entwicklung aufgezeigt, die aufgrund des damals extrem hohen Dollarkurses zu erwarten waren. Wir hatten massive Zweifel an der Dauerhaftigkeit des hohen Dollarkurses geäußert und eine kräftige Korrektur erwartet. Die Bundesregierung hat in ihrer Antwort (Drucksache 10/3229) diese Gefahren als „vorerst nicht akut“ bezeichnet und eine „sanfte Landung“ des Dollars vorausgesagt. Inzwischen haben sich die damaligen Auffassungen der Bundesregierung als Wunschdenken herausgestellt.

Heute ist die weltwirtschaftliche Entwicklung erneut gefährdet. Mehr Koordination und Kooperation der Wirtschaftspolitik der

großen Industrieländer sind unverzichtbar. Doch gerade hieran mangelt es: Seit bald zwei Jahren fordert die US-Regierung die Bundesregierung – und Japan – auf, größere binnenwirtschaftliche Anstrengungen zu unternehmen, um den Abbau der amerikanischen Leistungsbilanzdefizite und die weltwirtschaftliche Nachfrage zu unterstützen. Die Bundesregierung hat diese Forderungen zurückgewiesen. Im Februar dieses Jahres hat sie sich nur zu marginalen Zugeständnissen bereitgefunden. Diese Haltung wird zunehmend als schädlich für die Weltwirtschaft kritisiert.

Der internationale Währungsfonds hat anlässlich seiner diesjährigen Jahrestagung in einer vertraulichen Studie auf die Gefahren hingewiesen. Er sagte voraus, daß bei den heutigen Wechselkursen und bei der gegenwärtig in den großen Industrieländern verfolgten Wirtschaftspolitik,

- enorme Handels- und Leistungsbilanzungleichgewichte noch bis weit in die 90er Jahre hinein anhalten und
- die Netto-Auslandsverschuldung der USA bis 1995 auf 1 600 Milliarden Dollar anwachsen dürfte.

Der internationale Währungsfonds bezweifelt, daß internationale Kapitalanleger bereit sein werden, noch so lange Zeit so hohe Leistungsbilanzdefizite der USA zum gegenwärtigen Wechselkurs zu finanzieren. Er erwartete deshalb, daß bei Fortsetzung der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik, insbesondere in den USA, in Japan und in der Bundesrepublik Deutschland der Dollar um weitere 15 bis 20 % fallen wird.

Der internationale Währungsfonds hat ausdrücklich darauf verwiesen, daß die deutsche Wirtschaft nicht entsprechend ihren Möglichkeiten expandiert. Er fordert deshalb von der Bundesregierung eine stärkere Förderung des binnenwirtschaftlichen Wachstums. Auch das OECD-Sekretariat richtet an die Bundesregierung diese Forderung. Führende internationale Organisationen stellen also den wirtschaftspolitischen Kurs der Bundesregierung und ihre Behauptungen, sie habe ihren Beitrag zur internationalen Kooperation vollständig geleistet, in Frage. Selbstgerechtes Auftreten der Bundesregierung ist deshalb nicht angebracht. In der Bundesrepublik Deutschland besteht wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf.

Es ist nunmehr allerhöchste Zeit, über mehr internationale Kooperation nicht nur zu reden, sondern endlich entschlossen kooperativ zu handeln. Die US-Haushaltsdefizite und die weltweiten Handels- und Leistungsbilanzungleichgewichte müssen schrittweise abgebaut werden, um verlorengegangenes Vertrauen in die Fähigkeit einer wirksamen wirtschaftspolitischen Kooperation der großen Industrieländer wiederherzustellen. Damit es nicht zu einer weltweiten Rezession kommt, müssen gleichzeitig in der Bundesrepublik Deutschland, in Europa und in Japan größere binnenwirtschaftliche Wachstumsanstrengungen unternommen werden. Nur durch entschlossenes Handeln kann die gegenwärtige Vertrauenskrise überwunden werden.

Die Bundesregierung verbreitet auch jetzt noch optimistische

Lageeinschätzungen. Die SPD-Bundestagsfraktion hält diesen Optimismus nicht für begründet.

Wir fragen deshalb die Bundesregierung:

I.

1. Hält die Bundesregierung die Auffassung, der Abbau der Handelsungleichgewichte erfordere eine schrittweise Rückführung des US-Haushaltsdefizits und gleichzeitig – damit der weltwirtschaftliche Wachstumsprozeß nicht zum Erliegen kommt – ein stärkeres binnenwirtschaftliches Wachstum in Europa und Japan, für grundsätzlich richtig?
2. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß Kursstürze und Vermögensverluste an den Aktienmärkten Konsum und Investitionstätigkeit, insbesondere in den USA, beeinträchtigen werden? Glaubt sie, daß der notwendige Abbau des US-Haushaltsdefizits die US-Konjunktur schwächen könnte? Hält sie eine Rezession in den USA für möglich und wahrscheinlich? Zieht die Bundesregierung daraus die Konsequenz, daß eine stärkere binnenwirtschaftliche Expansion in Europa und Japan um so dringlicher ist, und was gedenkt sie konkret zu unternehmen?
3. Teilt die Bundesregierung die Meinung, daß die wirtschaftlichen Aussichten derzeit – auch wegen der Unsicherheiten an den Devisen- und Wertpapiermärkten – ungünstig sind, und hält sie es unter diesen Umständen für vertretbar, weiter abzuwarten, bevor sie sich zu wirtschaftspolitischem Handeln entschließt?
4. Wie beurteilt die Bundesregierung die Zinspolitik der Deutschen Bundesbank während der Wochen vor dem Börsenchaos?
5. Wie beurteilt die Bundesregierung das ausdrückliche Festhalten der Deutschen Bundesbank an ihrem Geldmengenkonzept, das in der Praxis unter heutigen Bedingungen dauerhaft nicht zu verwirklichen ist?
6. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß das gegenwärtig immer noch historisch hohe deutsche Realzinsniveau Investitionstätigkeit, Wachstum und Beschäftigung hemmt?

II.

7. In welchem Umfang ist nach Ansicht der Bundesregierung in den kommenden Jahren mit einem Abbau des amerikanischen Haushaltsdefizits zu rechnen? Welches Wachstum erwartet sie mittelfristig in Europa und Japan? Wie lange dürfte es nach Einschätzung der Bundesregierung bei den gegenwärtigen Wechselkursen dauern, bis die Handelsungleichgewichte abgebaut sind? Hält die Bundesregierung die jüngsten Prognosen der OECD oder des IWF hierzu für plausibel?
8. Hält die Bundesregierung das Tempo, mit dem die Handels-

ungleichgewichte bei den derzeitigen Wechselkursen abgebaut werden dürften, für ausreichend?

9. Stimmt die Bundesregierung der Auffassung zu, daß bei den heutigen Wechselkursen nur mit einem langsamen Abbau des US-Leistungsbilanzdefizits zu rechnen ist und die deshalb rapide wachsenden Netto-Auslandsschulden der USA einen ständigen Abwertungsdruck auf den Dollar ausüben werden?
10. Glaubt die Bundesregierung nach den bisherigen Erfahrungen mit flexiblen Wechselkursen, wonach die Devisenmärkte zu massiven, langanhaltenden Übertreibungen neigen, daß eine weitere Abschwächung des Dollars verhindert werden kann? Was müßte unter gesamtwirtschaftlichen Aspekten geschehen, um den US-Dollar zu stabilisieren? Genügt dazu eine „stabilitätsgerechte Wirtschaftspolitik“ in den großen Industrieländern, wie hätte eine solche auszusehen, und ist diese in absehbarer Zeit zu erwarten?
11. Kann die Bundesregierung die Äußerung des Bundesbankpräsidenten, in der ersten Jahreshälfte 1987 hätten die Notenbanken außerhalb der USA durch Devisenmarktinterventionen nahezu das gesamte Leistungsbilanzdefizit und damit indirekt das Haushaltsdefizit der USA finanziert, mit Zahlen untermauern? Wie lange, glaubt die Bundesregierung, könnten Interventionen in diesem Umfang fortgesetzt werden? Falls die Bundesregierung der Auffassung ist, der Dollar habe jetzt Boden gefunden, worauf stützt sie diese Meinung?
12. Kann die Bundesregierung mitteilen, in welchem Umfang die Notenbanken seit Beginn des Börsenchaos an den Devisenmärkten interveniert haben?
13. Was hat die Bundesregierung für Vorstellungen, wie stabilere Entwicklungen der Wechselkurse von Dollar, Yen und ECU bzw. europäischen Währungen erreicht werden können? Welche Gründe veranlassen die Bundesregierung, eine stärkere Institutionalisierung der internationalen Politik-Koordination und ein Indikatorenkonzept, das Koordinierungs- und Anpassungsbedarf signalisiert und in solchen Fällen zu wirtschaftspolitischem Handeln verpflichtet, abzulehnen? Wie beurteilt sie den vom US-Finanzminister Baker dem IWF unterbreiteten Vorschlag, einen „Rohstoffpreis-Indikator“ als Frühwarnsignal für inflationäre Gefahren einzurichten? Was hält die Bundesregierung von dem vom britischen Finanzminister Lawson vorgelegten Plan zur Wechselkursstabilisierung?
14. Was veranlaßt die Bundesregierung, ein Konzept von Zielzonen für die wichtigsten Währungen grundsätzlich abzulehnen?
Bedeutet diese Ablehnung, daß die Bundesregierung den im Louvre-Abkommen vereinbarten Zielzonen nur eine zeitlich begrenzte Gültigkeit zumißt?
15. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, das EWS weiter auszubauen, und was glaubt sie, welche Rolle der ECU

künftig spielen könnte und sollte, im EWS und in der Weltwirtschaft?

III.

16. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, daß Dollar-Höhenflug, amerikanisches Handelsbilanzdefizit und anschließender Ölpreissturz in den letzten Jahren der wesentliche Wachstumsmotor für die westliche Welt außerhalb der USA waren, daß Europa diesen Faktoren fast die Hälfte seines Wachstums in den Jahren 1984 bis 1986 verdankt, und was, glaubt sie, wird künftig das Wachstum in Europa anregen?
17. Sieht die Bundesregierung angesichts von 19,5 Millionen Arbeitslosen in Westeuropa die Notwendigkeit für eine „kooperative Wachstumsstrategie für mehr Beschäftigung“, wie sie von der EG-Kommission befürwortet wird? Ist sie als Regierung des wirtschaftlich dominierenden Landes in der Europäischen Gemeinschaft bereit, die Initiative dafür zu ergreifen?
18. Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, die Agrarausgaben im EG-Haushalt zurückzudrängen, um Spielraum für eine beschäftigungsfördernde Politik zu schaffen, und welche Initiativen will sie hierzu ergreifen?
19. Glaubte die Bundesregierung, daß schwaches Wachstum und anhaltend hohe Arbeitslosigkeit in Europa der zeitgerechten Verwirklichung des EG-Binnenmarktes, d. h. der Schaffung von mehr Wettbewerbsdruck in Europa, förderlich sind? Kann die Bundesregierung detailliert darlegen, inwieweit der Fahrplan für die Verwirklichung des EG-Binnenmarktes bis 1992 bislang eingehalten worden ist? Was beabsichtigt die deutsche Präsidentschaft ab 1. Januar 1988 zu tun, um den Ausbau des Binnenmarktes voranzubringen?

IV.

20. Glaubte die Bundesregierung, daß schwaches Wachstum und anhaltend hohe Arbeitslosigkeit in Europa die Bereitschaft der europäischen Staaten fördern werden, im Zuge der GATT-Uruguay-Runde nachhaltige Zugeständnisse zu machen, also mehr Konkurrenz von außen zuzulassen? Inwieweit entsprechen die bisherigen Vorverhandlungen für die GATT-Uruguay-Runde dem vereinbarten Stufenplan, wo liegen die größten Schwierigkeiten, und wo sind sie weiterhin zu erwarten?
21. Wann erwartet die Bundesregierung einen Abschluß der Uruguay-Runde, und hält sie vorzeitige Ergebnisse („frühzeitige Ernte“) bei weniger kontroversen Handelshemmnissen für möglich? Welche Bedeutung hätte solch eine „frühzeitige Ernte“ für das Verhandlungsklima und für den Handel selbst?
22. Wie beurteilt die Bundesregierung die Chancen, in dem wichtigen und brisanten Bereich des Agrarhandels zu einer Einigung zu kommen? Wird sie selbst in absehbarer Zeit konsensfähige Vorschläge für eine grundlegende Reform des europäi-

schen Agrarmarktes vorlegen? Glaubt sie, daß auch ohne solch eine grundlegende Reform die GATT-Runde erfolgreich abgeschlossen werden kann?

23. Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, die Autorität des GATT-Systems durch Schaffung scharfer Sanktionsmöglichkeiten zu stärken, und wenn ja, wird sie eine entsprechende Initiative ergreifen?
24. Welche Auswirkungen hätte eine restriktive Handelsgesetzgebung der USA sowie eine weitere Bilateralisierung des Handels und vermehrte Produktreziprozität auf die GATT-Uruguay-Runde?

V.

25. Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen der Verschuldungsprobleme der Dritten Welt auf den Welthandel und für den deutschen Export? Hält sie es nicht für geboten, als Regierung des weltgrößten Exportlandes – und damit auch aus eigenem Interesse – eine Initiative für eine dauerhafte und tragfähige Überwindung der Verschuldungsprobleme zu ergreifen, und wie hätte eine solche auszusehen?
26. Hält die Bundesregierung die bisherigen Bemühungen, die Verschuldungsprobleme der Dritten Welt zu entschärfen, für einen langfristig tragbaren und erfolgversprechenden Weg, oder was hält sie für notwendig?
27. Kann die Bundesregierung darlegen, wie sich die Investitionstätigkeit und damit die künftigen Wachstumsmöglichkeiten der wichtigsten Schuldnerländer – Mexiko, Brasilien und Argentinien – in den letzten Jahren entwickelt haben, und glaubt sie, diese Entwicklung würde deren Fähigkeit fördern, den Schuldendienst zu leisten?
28. Welche Wirkungen werden nach Auffassung der Bundesregierung die Wertberichtigungen einiger amerikanischer Banken auf Kredite an die Dritte Welt haben? Wird dies die freiwillige Vergabe von neuen Nettokrediten fördern oder bremsen?
29. Werden nach Auffassung der Bundesregierung neue Finanzierungstechniken, die Schaffung von Sekundärmärkten für Schulden der Dritten Welt sowie der Versuch, Altschulden zu Diskontpreisen auf die Kapitalmärkte zu bringen bzw. Altschulden mit Diskont Direktinvestoren anzubieten, eine nachhaltige Entschärfung der Schuldenprobleme der Dritten Welt ermöglichen?
30. Sieht die Bundesregierung realistische und deshalb durchsetzungsfähige Möglichkeiten, die Kapitalflucht aus der Dritten Welt zu stoppen, und was konkret müßte dazu unternommen werden?
31. Hält die Bundesregierung die Kapitalausstattung der multilateralen Entwicklungsbanken und die von ihnen gewährten Kredite für die Dritte Welt für ausreichend, und wenn nicht,

sieht sie realistische Chancen dafür, daß sie in absehbarer Zeit wesentlich aufgestockt werden?

32. Wie bewertet die Bundesregierung die Äußerungen des Vorstandssprechers der Deutschen Bank AG, den am stärksten verschuldeten Ländern der Dritten Welt zumindest teilweise die Schulden zu erlassen?
33. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß auch US-Banken zu teilweisem Forderungsverzicht bereit sein werden, sobald sie ebenso hohe Wertberichtigungen vorgenommen haben wie die Deutsche Bank?
34. Kann die Bundesregierung angeben, wie hoch die Kredite der deutschen Banken an Staaten in Lateinamerika und in der übrigen Dritten Welt sind, wieweit diese Kredite inzwischen wertberichtigt wurden und welche Steuerausfälle diese Wertberichtigungen den deutschen Fiskus bislang gekostet haben, wenn man dazu die Angaben des Instituts der Deutschen Wirtschaft, die Grenzsteuerbelastung der Unternehmen liege bei 70 %, heranzieht?
35. Wird die Bundesregierung die deutschen Banken dazu drängen, ihre Forderungen gegenüber Staaten der Dritten Welt soweit zu kürzen, wie sie Wertberichtigungen darauf vorgenommen haben?

Bonn, den 10. November 1987

Dr. Mitzscherling

Antretter

Brück

Dr. Gautier

Ibrügger

Dr. Jens

Dr. Hauchler

Dr. Holtz

Frau Dr. Martiny

Frau Matthäus-Maier

Müller (Pleisweiler)

Poß

Müller (Schweinfurt)

Roth

Dr. Wieczorek

Frau Wieczorek-Zeul

Dr. Vogel und Fraktion

